

21.11.2002

Projekt Soziale Stadt: Leer ist einzigartig

Über 300 Kommunen in Deutschland sind ins Projekt Soziale Stadt aufgenommen worden.

ger Leer. Das Projekt „Soziale Stadt“ bewegt die Gemüter. Befürworter wie Gegner gleichermaßen. Nach den Worten von Stadtbaurat Dietmar Stracke und dem Sanierungsbeauftragten Klaus-Jürgen Holland ist Leer in dieser Kombination einzigartig in Niedersachsen. „Nirgendwo gibt es so aktive Anwohner, nirgendwo aber solch einen Protest.“ Stracke hatte mit Fachleuten auf einer Tagung in Kassel Erfahrungen ausgetauscht.

Über 300 Kommunen in Deutschland sind ins Projekt „Soziale Stadt“ aufgenommen worden. „500 bis 600 stehen in der Warteschleife“, weiß Stracke. Auch Emden und Wilhelmshaven werden gefördert. In Wilhelmshaven ist das Engagement ebenfalls groß, allerdings gibt es dort keinen so starken Gegenpol wie in Leer.

Sanierungsbeauftragter Holland sieht drei Gründe für das außergewöhnlich Engagement: Im Ostteil der Stadt gibt es viele Grundstückseigentümer, mehrere soziale Einrichtungen wie Treffs, Kindergärten oder Schulen, deren Personal sich in das Projekt einbringen, und das weite Beteiligungsangebot. „In der Sanierungskommission haben die Anwohner im Verhältnis zu den Politikern eine Mehrheit von zehn zu fünf“, sagt Holland. Etwa 150 Anwohner arbeiten am Runden Tisch oder in Arbeitsgruppen mit.

Die Protestfront hat gedroht, nach Brüssel zu gehen und die Leute dort über das „wahre Bild“ der Oststadt aufzuklären. Unausgesprochen lautet der Vorwurf: Förderbetrug, weil die Kriterien für eine Förderung in Leer gar nicht vorliegen. Die EU zahlt nämlich eine Menge Geld. Werden Straßen, Spielplätzen, Kanalisation ausgebaut oder saniert, übernimmt die EU die Hälfte der Förderung.

Brüssel sei jedoch nicht der richtige Adressat, sagen Stracke und Holland. Fachleute der Bezirksregierung und das Niedersächsische Sozialministerium haben geprüft, ob die Bedingungen in Leer für das Projekt „Soziale Stadt“ vorliegen. Das Land hat schließlich eine Auswahl getroffen, welche Kommunen an den Bund gemeldet werden. Der Bund entscheidet. Die EU selbst prüft nicht, sondern stellt pauschal Geld für das Projekt zur Verfügung.

Wenn die Anlieger gerichtlich etwas erreichen wollten, müssten sie nach Ansicht von Stracke und Holland gegen das Land oder die Bundesrepublik klagen.

In diesem Sinne hatte sich auch SPD-Ratscherr Dr. Winfried Stolz im Bau- und Sanierungsausschuss geäußert. Der ehemalige Präsident der Landessynode der reformierten Kirche ist Jurist.